

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder
sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Kollegen! Agitiert und organisiert mit allen Kräften für die Stärke unserer Vereinigung!

Die Arbeitszeitverkürzung in klassischer Beleuchtung.

Ein Wort zur Maifeier.
Von Brutus.

I.

Die Maifeier steht vor der Tür und die organisierte Arbeiterwelt rüstet sich, für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden zu demonstrieren. Da dürfte es wohl von Interesse sein, einen Blick zu werfen auf den Kampf um den Arbeitstag in England und die Meinung des größten englischen Geschichtsschreibers und Sozialpolitikers zu hören, den das vorige Jahrhundert hervorgebracht hat. Macaulay, der am 25. Oktober 1800 das Licht der Welt erblickte, war Gelehrter und Politiker; zu verschiedenen Malen nahm er als liberaler Abgeordneter einen Sitz im Parlament ein, und auch ins Ministerium berief ihn das Vertrauen seiner Parteigenossen. In dieser Eigenschaft war er — im Gegensatz zu seinen Parteifreunden — ein eifriger Anhänger und Förderer der Arbeiterschutzeschgebung, und besonders kämpfte er für den Gehalt einer Arbeitszeitverkürzung mit der Wärme der Ueberzeugung und mit den Waffen einer blendenden Beredsamkeit. Seine Glanzleistung war jene berühmte Rede im englischen Unterhause, die er am 22. Mai 1846 zu Gunsten des Zehn-Stundentages hielt.

Zum besseren Verständnis dieser Rede müssen wir uns einen Augenblick mit der Entwicklung der englischen Arbeiterschutzeschgebung beschäftigen. Seit dem Ende des achtzehnten Jahrhunderts hatte in England die Maschine ihren Einzug gehalten und, infolge ihrer kapitalistischen Anwendung, zu einer maßlosen Verlängerung des Arbeitstages geführt; auch die Frauen- und Kinderarbeit brang in die Industrie ein. „Maschinenarbeit ist leicht und gesund,“ hieß es damals — und die Folge davon war eine vollständige Entartung der Arbeiterklasse in körperlicher, geistiger und sittlicher Beziehung. Mit Recht konnte damals der Premierminister Sir Robert Peel öffentlich erklären: „Die Maschine, jene große Leistung englischen Scharfsinns, ist der Nation statt zu einem Segen zu ihrem bittersten Fluche geworden.“ Ausführliches über die grauenvolle Verwüstung, die der Kapitalismus unter der arbeitenden Bevölkerung Englands in jener Zeit angerichtet hat, kann man bei Friedrich Engels in seinem Buche: „Die Lage der arbeitenden Klassen“ nachlesen.

Als die Verheerungen zu groß wurden, begann man sich in einigen Kreisen mit der Frage zu beschäftigen, ob es nicht angebracht erscheine, von Staatswegen die unmenschlich lange Arbeitszeit zu verkürzen. Alle vernünftigen Menschen jener Zeit, die ein Fünkchen Menschenliebe im Herzen trugen, waren sich darin einig, daß etwas geschehen müsse, um die Verelendung der großen Masse des Volkes aufzuhalten. Nur die Fabrikanten und die manchesterlichen Nationalökonomten waren anderer Ansicht; ihnen erschien das Masseneleid als eine notwendige Ergänzung des Reichtums, das man vielleicht bedauern, aber nicht beseitigen könne; eine Verkürzung der Arbeitszeit bedeutete für sie ein nationales Unglück und ein Minus der Industrie; und überhaupt hatte der Staat, ihrer Ueberzeugung nach, auch gar kein Recht, sich in das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer einzumischen. Es war jene Zeit, als die krasse Theorie des manchesterlichen „Laissez-faire, laissez-aller“ (daß alles gehen und treiben) unbedingt herrschte und als die alleinigmachende Wissenschaft galt; es war jene Zeit, als

der berühmte liberale Staatsmann John Bright unter dem Jubel seiner Zuhörer den Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit mit folgenden leidenschaftlichen Worten bekämpfte:

„Da ich überzeugt bin, daß die Vorlage die besten Interessen des Landes schädigen und vernichten wird, da ich der Meinung bin, daß sie allen Prinzipien einer gesunden Gesetzgebung widerspricht, daß sie nichts anderes als eine Hintertreibung der Arbeiterklasse bedeutet, daß sie lediglich von Demen befürwortet wird, denen jede Kenntnis der Fabrikgesetzgebung abgeht, da ich sie für eine der schlechtesten Maßnahmen halte, die jemals in die Form eines Gesetzes gekleidet worden ist, und da, falls sie Gesetz würde, die Bedürfnisse der Industrie und die Forderungen sowohl von Arbeitern wie Unternehmern, dazu nötigen würden, dasselbe wieder abzuschaffen — da dies meine Ueberzeugung ist, so sehe ich mich gezwungen, der Vorlage den heftigsten Widerstand entgegenzusetzen.“

Damals war es, als Macaulay, als der alleinige Sozialpolitiker von Bedeutung, im Widerspruch mit seinen Parteifreunden und der offiziellen Wissenschaft, jene berühmte Rede hielt, die für immer als ein Meisterwerk parlamentarischer Beredsamkeit und als Musterbild vernünftiger Sozialpolitik gelten wird. Zunächst untersucht Redner die Frage, ob der Staat das Recht habe, in das Getriebe des Wirtschaftslebens einzugreifen; er führt in dieser Beziehung folgendes aus:

„Viele Männer von großer Autorität sagen uns, das Prinzip, die Arbeitsstunden regeln zu wollen, sei unrichtig. Das, so sagen sie, ist eine von hundert Angelegenheiten, die sich selbst weit besser ordnen, als irgend eine Regierung sie ordnen kann. Nun, es ist höchst wichtig, daß dieser Punkt völlig aufgeklärt werde. Gewiß dürfen wir uns keine Funktionen anmaßen, die uns nicht eigentlich gebühren; aber auf der anderen Seite dürfen wir auch nicht Funktionen entsagen, die uns eigentlich zukommen. Ich weiß kaum, was die größere Pest ist für die Gesellschaft: ein väterliches Regiment, d. h. ein spürendes, einmischendes Regiment, das sich in jeden Teil des menschlichen Lebens einbringt, oder ein sorgloses, müßiggängerisches Regiment, welches solche Beschwerden, die es auf einmal beseitigen könnte, wachsen und sich vervielfältigen läßt und das auf alle Klagen und Vorstellungen nur die Antwort hat: „Wir müssen die Dinge ihrem Lauf nehmen lassen, sie werden sich schon angleichen!“ Es gibt keine wichtigere Aufgabe in der Politik, als die rechte Mitte zwischen diesen höchst verderblichen Extremen festzustellen, die Linie richtig zu ziehen, welche diejenigen Fälle, in denen es Pflicht des Staates ist, einzuschreiten, von denjenigen Fällen scheidet, in denen es die Pflicht des Staates ist, sich des Einschreitens zu enthalten.“

In diesen Sätzen behandelt Macaulay eines der schwierigsten Probleme vernünftiger Sozialpolitik, nämlich das Finden der Grenzscheide zwischen der Einmischung des Staates und der persönlichen Freiheit des Staatsbürgers. Mit Recht weist er darauf hin, daß im Mittelalter die Neigung bestand, alles zu kontrollieren und zu reglementieren und den Bürger gewissermaßen unter Polizeiaufsicht zu stellen, während in der liberalen Ära der Gedanke der absoluten Nichteinmischung die unbedingte Anerkennung erlangte. Während früher der Staat in alles seine Nase steckte, sollte er sich jetzt um das wirtschaftliche Leben gar nicht mehr kümmern. Am allerwenigsten aber sollte er sich in das Verhältnis zwischen dem Käufer und Verkäufer der Ware Arbeitskraft, also zwischen Unternehmer und Arbeiter, hineinmischen. „Ihr macht kein Gesetz,“ so führten die Manchesterleute aus, „um den Preis der Handschuhe oder ihre Beschaffenheit oder die Dauer des Kredits festzustellen, den der Handschuhmacher geben soll. Ihr überlaßt es ihm, zu entscheiden, ob er hohe oder niedrige Preise ansetzen

will, ob er verbes oder lockeres Material anwenden, ob er borgen oder auf Barzahlung bestehen will. Ihr erkennt an, daß das Dinge sind, die man ihm überlassen muß, mit seinen Kunden abzumachen und daß wir uns nicht hineinmischen dürfen. Aus denselben Gründen, aus denen ihr es dem Verkäufer von Handschuhen und dem Käufer von Handschuhen überlaßt, selbst miteinander übereinzukommen, müßt ihr es auch dem Verkäufer von Arbeitskraft und dem Käufer von Arbeitskraft überlassen, selbst miteinander übereinzukommen.“

Diese manchesterliche Beweisführung, die man auch heutzutage noch häufig hören kann, wenn es sich um ein Eingreifen der Staatsgewalt zu Gunsten der Arbeiterklasse handelt, ist ein Trugschluß schlimmster Art. Denn abgesehen davon, daß die menschliche Arbeitskraft etwas ganz anderes ist, als ein Handschuh oder ein Ballen Baumwolle oder ein Holzbalcken, läßt sich doch nicht leugnen, daß unter Umständen höhere Interessen auf dem Spiele stehen, die ein Eingreifen der Staatsgewalt dringend fordern. Es gibt wirtschaftliche Verhältnisse, die höhere Interessen als die des Selbstentzels berühren, und es ist geradezu eine ungeheuerliche Behauptung, zu sagen, daß der Staat niemals in solche Verhältnisse eingreifen dürfe. Ein solches Eingreifen wird immer und überall gefordert werden müssen, wenn das Wohl des Gemeinwesens in Frage kommt, und es ist bekannt genug, daß es zahlreiche Beispiele eines solchen staatlichen Eingreifens gibt. Mit Recht weist Macaulay u. a. auf die Wanderschriften hin, welche vom Staat und von den Gemeinden erlassen worden sind und noch tagtäglich erlassen werden, um die Gesundheit des Volkes zu schützen. Er macht in dieser Hinsicht folgende Bemerkungen, die man noch heute jedem entgegen kann, der z. B. bei der Frage der anständigen Lohnaufschlag auf dem Prinzip der staatlichen oder städtischen Nichteinmischung steht: „Kein neues Haus darf ohne Abzugskanal gebaut werden; ein altes Haus muß mit einem solchen versehen werden. Wenn der Eigentümer folgendermaßen zu dem Bürgermeister spräche: „Sie versichern, ein Freund des freien Verkehrs zu sein, nach den Prinzipien der wirtschaftlichen Freiheit muß es jedem freistehen, wohlfeil zu kaufen und teuer zu verkaufen. Warum darf ich denn mein Haus nicht so wohlfeil bauen und so teuer vermieten, wie ich kann? Sie allerdings haben kein Haus ohne Abzugskanal, nehmen Sie daher keins von den meinigen; Sie halten meine Schlafkammer für schmutzig — es zwingt Sie niemand, darin zu schlafen! Bedienen Sie sich Ihrer eigenen Freiheit, aber beschränken Sie nicht die Ihrer Nachbarn. Ich kann gar manche Familie finden, die gern einen Schilling die Woche zahlte für die Erlaubnis, in dem zu wohnen, was Sie eine Höhle nennen. Warum schicken Sie mir einen Mann, der mir ohne meine Zustimmung einen Kanal anlegt und mir meine Wohnung säubert, und warum zwingen Sie mich dann, für etwas zu bezahlen, was ich gar nicht bestellt habe? Meine Mietleute hielten das Haus für sauber genug, sonst würden sie nicht meine Mietleute geworden sein, und da sie und ich zufrieden waren, warum mischten Sie sich, allen Grundätzen der wirtschaftlichen Freiheit direkt zum Troze, unter uns ein?“

Nachdem der Redner in dieser Weise die Anhänger des Nichteinmischungsprinzips verhöhlet hat, gibt er ihnen folgende Antwort: „Ich halte an der richtigen Lehre der wirtschaftlichen Freiheit fest, aber Ihre Ansicht, in eine Kapitulation derselben und bringt das Prinzip in Miskredit. Wir würden nichts mit den Verträgen zwischen Ihnen und Ihren Mietleuten zu tun haben, wenn diese Verträge bloß pekuniäre Interessen berührten. Aber es handelt sich um höhere als bloß Geldbeutelinteressen. Das Gemeinwohl ist dabei interessiert, daß die große Masse des Volkes nicht in einer Weise lebt, die

